

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Oktober 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 382 Anfrage Schuler Josef und Mit. über die Lebensmittelsicherheit von landwirtschaftlichen Produkten / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Josef Schuler ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Josef Schuler: Eigentlich finde ich die Antwort des Regierungsrates korrekt, aber ihr Inhalt hat mich wachgerüttelt. Ich möchte nicht den Teufel an die Wand malen, denn dieser hängt schon lange dort. Die «Luzerner Zeitung» titelte kürzlich: «Giftige Chemikalien in Esswaren, der Kanton appelliert an die Luzerner Bauernhöfe.» Weiter war in «Zentralplus» zu lesen: «Giftige Chemikalien im Stall, Freiwilligkeit nützt nichts.» Der Kanton hat eine Messkampagne lanciert, aber diese hat nicht das bewirkt, was der Kanton eigentlich wollte. Ziel ist es, dass die polychlorierte Biphenyle (PCB), die in der Schweiz schon lange verboten sind, aus den Ställen entfernt werden, weil sie Lebensmittel angreifen und vergiften. Das ist das, was wir als Menschen zu uns nehmen. Die Schweiz hat sich in einem internationalen Abkommen dazu verpflichtet, diese seit 1986 verbotenen Stoffe zu eliminieren. Der Kanton hat einen Massnahmenplan ins Leben gerufen, der aber gescheitert ist, weil die Kosten für die Betroffenen zu hoch sind. Deshalb herrschte keine Nachfrage nach diesen Untersuchungen. Jetzt stellt sich die Frage, wie es weitergeht. Wollen wir diese Stoffe entfernen? Oder schweigen wir das Vorhandensein solcher Stoffe tot? Die gesamte Landwirtschaft ist aber davon betroffen, da ein paar wenige die Untersuchungen und Sanierungen nicht durchgeführt haben, besteht weiterhin das Risiko, dass diese Stoffe in Lebensmittel gelangen. Ich habe überlegt, ein Postulat nachzureichen mit dem Ziel, dass diese Untersuchungen gratis sind. So sollen gezielt die Landwirtschaftsbetriebe angeschrieben werden, welche diese Stoffe vor 1986 verwendet haben. Dabei soll geprüft werden, ob die Stoffe noch vorhanden sind und tatsächlich den Lebensmittelbereich betreffen. In einem zweiten Schritt sollte die Finanzierung angegangen werden. Der Bund bezahlt 50 Prozent der Sanierungskosten und der Kanton übernimmt 25 Prozent. Das reicht aber nicht. Wir müssen mehr Mittel zur Verfügung stellen, damit diese Sanierungen stattfinden können. Ich bin gespannt auf Ihre Meinung.

Sabine Heselhaus: Vielen Dank für die wichtige Anfrage, das sind Beispiele für ganz viele. PCB sind krebserregend, hormonaktiv und langlebig. Sie können über Anstriche, Staub oder Boden in Milch, Fleisch und Eier gelangen und damit zu möglichen Belastungen der Lebensmittelkette führen. Der Kanton trägt gemäss Bundesverfassung, Artikel 118 und dem kantonalem Gesundheitsrecht die Mitverantwortung für die öffentliche Gesundheit und damit auch für die Lebensmittelsicherheit. Das alleinige Abstützen auf Selbstkontrolle ist rechtlich

heikel. Wenn Sanierungen von belasteten Ställen teuer sind und Imageschäden drohen, ist die Teilnahmequote zwangsläufig gering. Zudem fehlt eine klare Kommunikation über die Risiken, da es keine öffentlich zugängliche Zahlen zu PCB-Befunden oder Sanierungen gibt. Die Förderung biologischer Produktion, schadstofffreier Baustoffe und Prävention werden in der Antwort nicht einmal erwähnt, obwohl in Biobetrieben der Einsatz von Chemikalien, Anstrichen und belastenden Materialien von vornherein stark eingeschränkt ist.

Lebensmittelsicherheit ist ein Grundrecht. Unsere Verfassung verpflichtet uns, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Wenn also Schadstoffe wie PCB in unsere Nahrung gelangen können, dann ist das keine Privatangelegenheit der Betriebe, sondern eine öffentliche Aufgabe. Die Regierung schreibt selbst, dass PCB-Belastungen selten, aber dort wo sie vorkommen, sehr hoch sind. Genau das zeigt, wie gefährlich das Problem ist. Seltene Risiken können trotzdem existenzbedrohend sein für die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten, für das Vertrauen in unsere Landwirtschaft und für die Betriebe selbst, wenn ein Fall publik wird. Wenn wir über Gesundheitsschutz und Lebensmittelsicherheit reden, müssen wir auch über Aufklärung sprechen, über die Gefährlichkeit von Chemikalien, über die Verantwortung des Staates und über die Notwendigkeit, Ombuds- und Kontrollstellen zu schaffen, die unabhängig prüfen, wo die Selbstkontrolle versagt. Es braucht also mehr Kontrollen, mehr Transparenz, mehr Förderung der ökologischen Produktion und eine umfassende finanzielle Unterstützung der betroffenen Betriebe.

Marlen Vogel-Kuoni: Die Lebensmittelsicherheit ist für die Luzerner Landwirtschaft zentral und wird von den Betrieben mit hoher Verantwortung wahrgenommen. Die Produzentinnen und Produzenten passen ihre Verfahren seit Jahrzehnten an die neuen Vorgaben an. Die Ställe werden laufend entsprechend der neuen Vorschriften umgebaut. Deshalb ist in Luzerner Ställen nicht von einer flächendeckenden Belastung auszugehen. In Ställen, die vor dem Verbot gebaut wurden, werden wahrscheinlich keine Lebensmittel mehr produziert, weil sie nicht dem Lebensmittelsicherheitssystem entsprechen, das von Bund und Kanton überwacht wird. Die Produktionsbetriebe werden automatisch kontrolliert, damit diese Verpflichtungen eingehalten werden. Dort, wo Überschreitungen auftreten, kann an Ort und Stelle nach der Ursache gesucht werden. Bislang liegen auch keine Hinweise auf eine gesundheitsrelevante Belastung vor. Auch wenn nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, dass vereinzelt Spuren von PCB auftreten, ist aufgrund der zu erwartenden Konzentrationen und den seltenen Fällen keine Gefährdung der Konsumentinnen und Konsumenten anzunehmen. Es ist wichtig, dass betroffene Betriebe auch nach 2030 nicht allein gelassen werden. Wo aufgrund historischer Baumaterialien Handlungsbedarf besteht, braucht es weithin eine Unterstützung, denn für betroffene Betriebe kann eine Sanierung eine grosse finanzielle Belastung darstellen. In der aktuellen Ausgabe des Newsletters der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) wurde wieder darauf hingewiesen und wie man vorgehen muss. Es klingt fast ein wenig wie die Suche nach der Nadel im Heuhaufen, und das auf dem Buckel der Landwirtschaft.

Hella Schnider: Die Lebensmittelsicherheit ist auch für die Mitte zentral und muss konsequent sichergestellt werden. Die dafür vorhandenen Massnahmen und Kontrollen in Bezug auf PCB sind in unseren Augen heute ausreichend. Besonders in der Primärproduktion der Landwirtschaft wird diese einerseits durch gesetzlich vorgegebene und regelmässige Grundkontrollen gewährleistet. Dabei werden auf Nutztierhaltungsbetrieben verschiedenste Kontrollen wie zum Beispiel von Gebrauchsgegenständen durchgeführt. Ein allfälliges Risiko würde bei einer solchen Kontrolle den zuständigen Behörden gemeldet. Andererseits haben die Produktionsbetriebe eine hohe Eigenverantwortung, die sie konsequent mit den jeweilig geltenden Vorgaben verfolgen. Dies gilt auch für die Lebensmittelsicherheit in Bezug auf PCB.

Der Stoff ist bereits seit 40 Jahren verboten, sodass ein diesbezügliches Risiko nur für Betriebe gilt, die vom Baujahr oder Materialeinsatz her betroffen sein könnten. Diese wurden sensibilisiert und haben, wenn nötig, an der kantonalen Messkampagne teilgenommen. Allgemein kann festgehalten werden, dass Lebensmittel aus der Luzerner Produktion bezüglich PCB als sicher gelten. Höchstüberschreitungen sind sehr selten. Eine flächendeckende Beprobung ist momentan aus Ressourcengründen nicht sinnvoll. Sollte es im Kanton Luzern allerdings aufgrund einer Risikoabwägung klare Indizien über grössere Verunreinigungen mit PCB geben, müssten vermehrte Beprobungen nach definierten Parametern vorgenommen und Massnahmen angepasst werden.

Sara Muff: Ein Mensch muss 10 Kilogramm Nahrung aufnehmen um 1 Kilogramm Körpermasse aufzubauen. Wenn diese Nahrung mit Schadstoffen belastet ist, dann summiert sich das über die ganze Kette. Während Energie, also Zucker und Fett verbraucht wird, bleiben fettlösliche Schadstoffe wie beispielsweise PCB erhalten und lagern sich im Fett an. Das heisst also, 10 Kilogramm Futter mit kleinsten PCB-Spuren ergeben 1 Kilogramm Fleisch mit zehnfach höherer Konzentration. Je höher ein Organismus in der Nahrungskette steht, desto stärker ist die Anreicherung. Was sind die Folgen? Tiere nehmen täglich grössere Futtermengen auf, deshalb summieren sich darin auch die kleineren PCB-Gehalte. Der Mensch steht in der Pyramide relativ weit oben und nimmt durch Fleisch, Milch usw. die höheren Konzentrationen wieder auf. Gerade deshalb ist es gefährlich, wenn beispielsweise Ställe mit belasteten Farben nicht kontrolliert werden, weil sich bereits kleine Mengen von Staub oder Futterkontakt in einer messbaren Belastung äussern können. Die Lebensmittelsicherheit ist eine öffentliche Aufgabe. Wir benötigen eine systematische Erfassung und eine klare Kommunikation, aber vor allem eine Finanzierungsbrücke, damit diese Sanierungen nicht an einem Budget scheitern. So schützen wir die Konsumentinnen und Konsumenten, die Betriebe und unterstützen dadurch vor allem die Produzentinnen und Produzenten, die schon heute handeln möchten.

Martin Birrer: PCB hat nichts damit zu tun, ob man biologisch oder nicht produziert. PCB hat nichts mit der Landwirtschaft zu tun und kommt von aussen. Ich bin ein gebranntes Kind, bei mir ist ein Tier mit PCB in der Kontrolle hängen geblieben. Das Kantonstierarzt und der Kantonschemiker waren vor etwa acht Jahren auf meinem Betrieb und haben die Pestfahne gehisst. Wenn Ihnen das einmal passiert, dann wissen Sie, was das heisst. Das Tier hat lebendig 450 Kilogramm gewogen und 200 Kilogramm Fleisch gegeben. Mir wurde ganz klar gesagt: Wenn eine Person dieses ganze Tier an einem Tag essen würde, würde sie weiterleben. PCB ist ein grosses Problem, aber man muss die Mengen im Auge behalten. Auf meinem Betrieb wurde das PCB nicht in der Scheune gefunden, sondern im Boden. Und woher kam das PCB? Von der umliegenden Industrie. PCB ist kein Problem aus der Landwirtschaft, sondern der Allgemeinheit und der Industrie.

Josef Schuler: Ich gebe Martin Birrer recht. Es geht aber um die Stoffe, die zum Streichen oder zur Dichtung von Fugen benutzt wurden. Diese können gut lokalisiert werden. Es ist viel schwieriger, wenn die Suche über die Lebensmittel erfolgt und oft ist es ein Zufallsbefund. Aber wir haben die Möglichkeit, die 500 betroffenen Betriebe im Kanton Luzern systematisch zu kontrollieren. Der Bäuerinnen- und Bauernverband hat sich mir gegenüber positiv dazu geäussert.

Benno Ineichen: Ich danke Martin Birrer für seinen Hinweis, dass die PCB nicht nur aus den Ställen stammen. An die linke Seite: PCB sind seit 40 Jahren verboten und die produzierenden Betriebe haben ihre Ställe während dieser Zeit bereits zweimal umgebaut. Andernfalls steht in den nächsten zehn Jahren sicher ein Umbau an oder auf dem Betrieb hat es weder Tiere noch werden Lebensmittel produziert. Daher bitte ich Sie, den Ball etwas flach zu halten und

abzuklären, woher die PCB sonst noch stammen könnten. Das Problem besteht tatsächlich, Martin Birrer hat es erlebt. Aber 40 Jahre sind eine lange Zeit. Alle, die melken, haben Roboter- und Laufställe. Ein Schweinestall wird nach zehn bis 15 Jahren umgebaut. Die grossen Hühnerställe von heute gab es vor 40 Jahren noch nicht. Behalten Sie den Fall flach und essen ein ganzes Rind pro Tag. Ich staune manchmal, dass wir die Session nicht im Spital durchführen müssen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir haben in unserer Antwort dargelegt, dass die PCB-Messkampagne initiiert wurde – dies in Zusammenarbeit den Dienststellen Lawa, Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (DILV), Umwelt und Energie (uwe) und dem Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband (LBV). Wir haben das mehrfach kommuniziert, auch in der Bauernzeitung. Vorläufig werden 75 Prozent finanziert. Wenn sich aber jemand freiwillig meldet und etwas festgestellt wird, führt das zu grosser Aufmerksamkeit, auch medial. Das kann zu einem Imageproblem führen. Das möchte man vielleicht nicht. Wie wir in unserer Antwort ausgeführt haben, ist es nicht ein unlösbares Problem, sondern man kann es beheben. Das hat auch Martin Birrer so ausgeführt. Wir haben auf Freiwilligkeit gesetzt und 75 Prozent der Investition werden bezahlt. Ich finde, dass das ein gutes Angebot ist. Die nächste Stufe wären staatlich verordnete Kontrollen und Messungen. Ich glaube, das wollen wir nicht und das wäre unverhältnismässig in Anbetracht der vermuteten Mengen. Bei den Stichproben waren es ungefähr 6 Prozent, die wir bei den überprüften Betrieben festgestellt haben. Ich glaube, dass es sich um kein Problem aus der Landwirtschaft, aber für die Landwirtschaft handelt. Es ist wichtig, dass wir weiterhin dazu aufrufen, sich freiwillig zu melden und man die PCB aus dem Weg räumen will, die seit 40 Jahren verboten sind. Ich glaube, das ist ein verhältnismässiges und sinnvolles Vorgehen.